Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 13 (1933-1934)

Heft: 12

Artikel: Österreich

Autor: Oehler, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157733

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Osterreich.

Bon Kans Dehler.

Beginnt der Kreis der von der Revolution des 20. Jahrhunderts ergriffenen Länder sich um die Schweiz zu schließen? Fast hatte es den Anschein, als in diesen Wochen in Paris der Straßenaufruhr des nationalen Frankreich gegen das Parlament und seine durch Skandal und Korruption gebrandmarkten Parteien tobte; und gleichzeitig in Österreich der Widerstand der nach den Lehren des Marxismus organisierten Arbeiterschaft von der herrschenden Regierungsgewalt in tagelangen Kämpsen mit Maschinengewehren und Haubigen zusammenkartätscht wurde. In Frankreich ist noch einmal Kuhe eingetreten; für wie lange, bleibt eine offene Frage. In Österreich dagegen ist das Kad im Kollen; hier ist nur ungewiß, wo die Fahrt enden wird; gewiß allerdings, daß es eine lange und schmerzvolle Fahrt sein wird.

"Die Borgange in Ofterreich könnten unsere sozialistischen Führer vieles lehren, wenn sie überhaupt noch die Fähigkeit besäßen, die Zeichen ber Zeit richtig zu erkennen", schreibt die "Neue Burcher Zeitung" in einer rudblidenden Betrachtung zu den öfterreichischen Geschehnissen. Rönnenbie Borgange in Ofterreich aber wirklich nur die fozialiftischen, und nicht auch die Führer der andern Parteien vieles lehren, fofern "fie überhaupt noch fähig find, die Zeichen der Zeit zu erkennen"? Die "Neue Bürcher Zeitung" warnt die schweizerische Sozialbemokratie, bas öfterreichische Beispiel nachzuahmen. "Den Faschismus durch noch mehr Marrismus überwinden zu wollen: eine verfehltere Politik als diese kann es taum geben; die Demokratie . . . wird dadurch auf das schwerste gefährdet". Was man aber bei der N33. vermißt, ist die nähere Ausführung, wie und wodurch die Demokratie in diesem Fall gefährdet wird. Besteht die Gefährdung in der Kampfentschlossenheit des Margismus gegenüber einem im Entstehen begriffenen "Faschismus"? Dber barin, bag bie "Demokratie" sich unter bem Zwang, dieser margiftischen Kampfentschlossenheit ent= gegenzutreten, unwillfürlich - "organisch" - in eine Diktatur verwandelt?

Die wichtigste Feststellung am österreichischen Geschehn der letzten Wochen ist zweifellos die: nichts, was geschehen ist, war auf irgend einer

Seite der Ausdruck von Stärke und Zielsicherheit; es war im Gegenteil die Folge heilloser Schwäche und Zersahrenheit. Wäre dem anders, dann wäre es niemals zu diesen gewalttätigen und für ein kleines Land reichlich blutigen Straßenkämpsen gekommen, und — dann wäre das Ergebnis nicht so wenig befriedigend, wie es tatsächlich ist. Man vergleiche etwa, wie zielsicher Mussolini seine italienische Revolution machte, oder mit welch elementarer Bucht, aber unendlich viel weniger militärischer Gewaltanwendung der deutsche Nationalsozialismus vor einem Jahr sein Ziel erereichte. In Sterreich hat eine, keineswegs über eine Bolksmehrheit verstügende, im Gegenteil dem überwiegenden Teil des Volkes gegenüber isolierte, in sich uneinige und vom Ausland abhängige und gestoßene Resgierungsgewalt, gewissermaßen um sich aus ihrer bedrängten Lage Luft zu schaffen, "Revolution" gemacht.

Seit langem traute fein Teilhaber an der Regierung Dollfuß bem andern. Anfang Januar hatte sich Dollfuß, ohne Wissen der andern Regierungsmitglieder, zu Verhandlungen mit den Nationalsozialisten bereit erklärt. In letter Stunde kam ihm aber Starhemberg dahinter, der nun Dollfuß zum Entgelt zwang, einen Aufruf an das öfterreichische Bolt zu erlassen, in dem er scharf gegen den Nationalsozialismus Stellung nehmen mußte. Dabei hatte Starhemberg zu gleicher Zeit genau das gleiche getan, was er Dollfuß zum Vorwurf machte: durch seinen Vertrauensmann Alberti Berhandlungen mit den Nationalsozialisten gepflogen. Dollfuß blieb, wenn er nicht um seine Stellung tommen wollte, unter biefen Umftanden nichts anderes übrig, als verstärtte Anlehnung ans Ausland zu suchen. Wahrscheinlich ist seine Anfrage vom 18. Februar an die Sozialdemokratie um Unterstützung seiner Regierung unter diesem außenpolitischen Afpekt zu verstehen. Frankreich hatte immer die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die österreichische Regierung verlangt. Wenn Dollfuß jest ernstlich an die außenpolitische Abstützung seiner gefährdeten Regierungsposition auf Italien dachte, mußte er Frankreich und die Tschechoflovakei durch den Schritt bei der Sozialdemokratie beschwichtigen.

Ob der Schritt von Dollsuß zur Sozialdemokratie hin aber je ernst oder nur in diesem Sinn taktisch gemeint war: die Sozialdemokratie ersklärte sich noch am 28. Januar bereit, an den Zielen von Dollsuß mitzuarbeiten und mit allen Mitteln für die Unabhängigkeit Osterreichs vom "Nastionalsaschismus" zu kämpsen. Das kann auch von der Sozialdemokratie, die allerdings all die vergangenen Monate hindurch die Maßnahmen der Dollsuß-Regierung gegen die Nationalsozialisten stillschweigend unterstüßt hatte, nur noch rein taktisch gemeint gewesen sein. Auf alle Fälle hatte sie seit längerem Borbereitungen sür eine letzte Entscheidung getrossen. Welchen Anteil dabei das Ausland — Frankreich und die Tschechoslovakei —, deren Partei sie in Osterreich versocht, hatte, ist wiederum eine offene Frage. Stimmt es, daß die sozialistischen Kampssormationen des Schutzbundes mit neuesten Wassen tschechischen Ursprungs ausgerüstet waren, dann dürfte

Herreich 573

ber ausländische Anteil ziemlich hoch einzuschäßen sein. Schließlich bilbete die, seit der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland
aus dem Anschluß-Lager in das Antianschluß-Lager hinübergewanderte
Sozialdemokratie für die französische Politik noch den einzigen innerpolitischen Ansahunkt in Österreich. Anderseits lief die Sozialdemokratie in
Österreich je länger je mehr Gefahr, um ihre letzten Machtstellungen zu
kommen. Sie verlor auf der einen Seite skändig Mitglieder an den Nationalsozialismus, und mußte auf der andern Seite jeden Augenblick des
gewaltsamen Vorgehens der Heimwehren, hinter denen Italien skand, gewärtig sein. Wollte sie also nicht stillschweigend von der Bühne der Geschichte abtreten, dann war jetzt der letzte Augenblick zum Lossschlagen
gekommen.

Unterdessen hatte Dollfuß aber in Budapest seine Abmachungen mit Italien-Ungarn getroffen und ging nun seinerseits zum Angriff gegen die Sozialdemokratie vor. Der Berliner Berichterstatter der NZZ. dürfte nicht allzuweit daneben gegriffen haben, wenn er diese Zusammenhänge wie folgt schildert:

"Die Kriegserklärung Dollfuß' an die österreichische Sozialdemostratie stellt sich als das Ergebnis eines diplomatischen Borspiels heraus, das ein enges Einvernehmen zwischen Kom und Wien und Budapest verwirklichte.... Der Besuch des Bundeskanzlers Dollsuß in Budapest hat offenbar das italienisch-österreichisch-ungarische Einvernehmen perfekt gemacht. Je unsicherer die Chancen eines Appells an den Völkerbund wurden, desto mehr neigte Dollsuß zum italienischen Protektorat hin, das um den Preis einer Einführung des Fasschismus nach italienischem Muster zu erreichen war".

Ein ungarisches Blatt hatte benn auch noch Ende Januar den Zustand Ofterreichs zutreffend gekennzeichnet:

"Diese Selbständigkeit Ofterreichs wird vorgetäuscht, sie besteht heute nicht mehr; denn die ganze Innenpolitik Osterreiches wird heute von den Wiener Gesandten der Großmächte üben geradezu ein Mandat über die kleine Republik aus, die Gesandten mischen sich in alle inneren und äußeren Angelegenheiten, der arme Dollsuß steht da im Schatten dieser Gesandten wie ein Findelkind bei der Veranstaltung eines Wohltätigkeitskomitees. Jede Großmacht hält sich in Osterreich eine eigene Partei: die Franzosen den Liberalismus und Marxismus, Italien die Heime wehr, England die Austrosaschisten. Der tschechische Außenminister Benesch, der zugleich Angst vor dem Anschluß und vor der Restauration der Habsdurger hat, verstand es, Osterreich durch sinanzielle Maßnahmen von der Tschechoslovakei abhängig zu machen... Osterreich ist also vollständig in den Händen der Großmächte und des Herrn

Benesch, vor allem auch in der Gewalt des internationasien Großkapitals, von dem das arme Land total ausgesaugt wird. Kein Wunder, wenn man zur überzeugung gelangt, daß Ostersreich vor neuen Abenteuern und vor neuen Tragödien steht".

Wo der entscheibende Punkt in dieser "Tragodie Ofterreich" liegt, von dem aus - wenn überhaupt noch - ein "gutes Ende" zu erreichen ift. scheint von allen Großmächten vielleicht noch am ehsten England zu er= fennen, bas icon räumlich mehr Abstand von den Dingen hat und nicht so unmittelbar in den Machtkampf um die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft im Donauraum verwickelt ist wie Italien und Frankreich und die ihm verbündeten Staaten der Rleinen Entente. Die Kommentare ber englischen Presse von rechts bis links zu den Dingen in Ofterreich stimmen benn auch in einem Puntte überein: Die Entscheibung über Diterreich muß letten Enbes beim öfterreichischen Bolt felbst liegen. Berschiedenheit der Meinung besteht nur in der Gin= schätzung, ob sich in Ofterreich jemals eine volkstümliche Mehrheit zugunften ber "Unabhängigkeit" Ofterreichs finden wird — worauf man auf linker Seite immer noch hofft -, ober ob nicht die große Mehrheit bes Volkes schließlich seine einzige Rettung in der nationalsozialistischen Regeneration sieht, wie die Londoner "Morning Post" noch Ende Januar die Lage eingeschätt hatte:

"Benn die österreichischen Parteien stark genug wären, würden sie selbst fähig sein, den Nationalsozialisten Widerstand zu leisten, auch wenn diese von Deutschland unterstützt und ermutigt würden. Sonst aber kann auch irgendwelcher ausländischer Einfluß Herrn Dollsuß nicht helsen, die Flut des Nationalsozialismus noch länger einzudämmen".

Bie stellt man sich nun in manchen Kreisen bei uns zu den österreichischen Geschehnissen und zur österreichischen Frage überhaupt? "In der Tat kann sich die österreichische Regierung nicht auf den Billen einer Bolksmehrheit stützen, sondern nur auf die in ihren händen vereinigte Machtkombination", wird in der N33. offen zugegeben. Trothem macht man kein hehl aus der Genugtuung, die man über den Sieg der österreichischen Minderheitsregierung über die sozialsdemokratische Partei empfindet. Nun empfinden auch wir vorbehaltlose Genugtuung über die Zerschlagung der Organisationen des volks und staatszersehenden klassenköndigen Marxismus. Ferner sind wir überzeugt, daß der Weg Dollsuß' von der "Demokratie" weg und zur "Diktatur" hin unvermeidlich war. (Wenige Tage nach der blutigen Niederwerfung des sozialbemokratischen Widerstandes erklärte der österreichische Bundesstanzler vor Pressevertretern: "Kein Land hat sich in so hohem Maße vors

behaltlos zur Demokratie bekannt wie Ofterreich"; und doch war das Ende zwangsläusig die diktatorische Gewaltanwendung einer Minderheit gegen einen politischen Gegner). Wohl aber machen wir den einen großen Vorsbehalt: Minderheitsregierung, diktatorische Gewaltanwendung, alles das läßt sich höchstens rechtsertigen als übergang zu einer neuen, von der großen Volksmehrheitsmehrheit bejahten und getragenen Ordnung.

Diesen Vorbehalt macht nun aber die Neue Zürcher Zeitung und machen alle unsere Parteipolitiker nicht. Wie heißt es doch in einem Artikel der NZZ. vom 17. Februar :,,Die Unabhängigkeit Österreichs gilt vielsleicht der eigenen Bevölkerung nicht so viel wie andern Nationen . . Aber diese Stimmungen der österreichischen Bevölkerung konnten und können das Problem nicht allein bestimmen". Mit andern Worten: Nicht darauf kommt es an, was ein Volk in seiner übergroßen Mehrheit will, sondern darauf, was Anderen paßt. Daß die Entscheidung über Österreich letzten Endes beim österreichischen Volk liegen muß, wird von der "Neuen Zürcher Zeistung" nicht anerkannt.

Und noch ein Drittes. Im gleichen Artikel tröstet die NBB. bas öfterreichische Bolt, daß es auf sein Selbstbestimmungsrecht verzichten muffe, mit dem Hinweis auf die Schweiz: "Die Schweiz selber bietet ein treffliches Beispiel dafür, daß eine von den übrigen Staaten . . . aus realpolitischer Einsicht . . . anerkannte Unabhängigkeit für ein Bolk und ein Land durchaus nichts herabwürdigendes hat". Natürlich ist bas nichts herabwürdigenbes, wenn die übrige Staatenwelt bie Unabhängigkeit der Schweiz anerkennt. Wohl aber wäre es herabwürdigend, wenn sie unsern Willen zur Unabhängigkeit, zur felbständigen Bestimmung unseres Schicksals nicht anerkennen würde. Und gerade bas ift es. was die N33. dem österreichischen Volk aberkennt. Ja noch mehr: was sie schließlich ihrem eigenen Volk aberkennt. Wer bas Wesen eines Staates bamit für erschöpft halt, bag biefer von den übrigen Staaten anerkannt wird, verrät damit, daß ihm felbst die entscheidende Eigenschaft des Staatsträgers fehlt: ber Wille zum Staat! In diesem einen Sat ber NBB. offenbart sich eine ganze Welt; eine Welt, die die Dinge ausschließlich nur unter dem Gesichtspunkt des privaten Wohls und Gewinnstrebens sieht und für die das staatliche Dasein des eigenen Bolkes einzig und allein von dem Belieben ber übrigen Staatenwelt — ob fie dasfelbe aus realpolitischer Einsicht anerkennen will ober nicht — abhängt. Es ist bis aufs haar genau bie geistige und politische Einstellung eines Teils der herrschenden Schichten der alten Eidgenoffenschaft in den Jahren vor ihrem Untergang.

Welches sind nun die tieferen Ursachen der österreichischen Geschehnisse? Der Wiener Berichterstatter der NZZ. hatte seinem Blatt am 15. Februar geschrieben:

"Es ift erwiesen, daß die Sozialbemofratie den unmittelbaren

Anlaß gab. Aber es kann unmöglich verschwiegen werden, daß auf Seiten der Regierung seit Oktober zahlreiche Fehler unterlausen sind. Der Hauptsehler liegt jedoch in der unrichtigen Einschäung der tatsächlichen Machtverhältnisse... Die Regierung, die ein Minderheitskabinett darstellt, dessen Anhang im Bolk in den letzten Monaten immer kleiner wurde, unterschätzte die Opposition auf beiden Seiten... Die Regierung und alle Parteien hatten den richtigen Maßtab verloren. Man darf keine Dikstatur organisch ausbauen, ohne über die hinreichenden Mittel zu verfügen".

"Ohne über hinreichende Mittel zu verfügen". Das ist das eine. Je mehr eine Gewaltanwendung der Angst und Schwäche der eigenen Stellung entspricht, desto blutiger wird sie sein. Wo Revolution mit überlegener Rraft und Zielsicherheit gemacht wird, sind die Opfer unendlich viel kleiner. Dabei darf hinter "hinreichenden Mitteln" keineswegs nur die Berfügung über eine starke Polizei= und Militärmacht verstanden sein. Gerade baran litt die Regierung Dollfuß keinen Mangel. Die mahre Stärke einer Gewalt, die zum Staatsstreich schreitet, liegt in ihrem Rück halt in den breiten Massen bes Bolkes; und diesen Rudhalt verdankt sie wiederum der überlegenheit ihres Beiftes und der Beichloffenheit und Entichloffenheit ihres Willens. Und hier. hier hat die Schwäche und Unverantwortlichkeit der öfterreichischen Regierung gelegen, daß sie, ohne diese Boraussetzungen zu besitzen, sich anmaßte, das zu tun, was nur tun darf, wer wirklich ftark ift: ftark im Beift, ftart im Willen und ftart in ben Bolksträften, die hinter ihm fteben. Das Minderheitskabinett von Dollfuß und der heimwehrführung war weder geschlossen im Willen, noch überlegen im Beifte, noch hatte es die breiten Massen bes Volkes hinter sich. Und barum war fein "Staatsstreich" nur eine brutale Machtprobe zwischen ber bewaffneten Staats= gewalt und einer Parteiorganisation. Und darum war seine "Revolution" keine nationale Revolution, die ihr Land und Bolk von ausländischem Zugriff befreite. Das öfterreichische Volk ist im Gegenteil durch sie noch tiefer in die ausländische Abhängigkeit hineingeführt worden.

Daß unsere schweizerischen Dinge in den nächsten Jahren nicht eine ebensolche Entwicklung nehmen, davor soll uns die österreichische Lehre bewahren. Wer bei einem andern Volk billigt, daß eine Gewalt, die sich nur auf eine Volksminderheit stützen und nie eine Volksmehrheit hinter sich bringen kann, zur Gewaltanwendung schreitet; wer einem andern Volk den Willen zur Unabhängigkeit und selbständigen Bestimmung seines Schicksals aberkennt, ist nicht berufen, das nationale Schicksals aberkennt, ist nicht berufen, das nationale Schicksals eigenen Volkes zu bestimmen. Denn immer besteht die Gesahr, daß, was er dort in Ordnung sindet, er unter gegebenen Um-

Ofterreich 577

ständen auch im eigenen Land in Ordnung sinden würde. Es steht in Sachen "richtigem Maßstab" und "richtiger Einschäung der tatsächlichen Machtverhältnisse" bei Regierung und Parteien der Schweiz nicht wesentslich besser als es bei der Regierung und den Parteien Österreichs gestanden hat; ebenso in Sachen "Anhang beim Bolt" — man rufe sich die schweren Abstimmungsniederlagen in Erinnerung, die Regierung und Regierungssparteien in der Schweiz in den setzten Jahren bei innens und außenpolitisschen Fragen erlitten haben.

Es ist eben nicht getan, daß man durch Ausbietung der bewasseneten Staatsgewalt die politische Organisationsform eines Bolksteiles zerschlägt. Wesentlicher ist, im Ramps um die Seele des Boletes siegreich zu sein und alle Glieder, die dem eigenen Bolk entstemdet sind, wieder zu gewinnen und zusammenzuschließen zur nationalen Volksgemeinschaft. Tragen wir daher Sorge, daß nicht unser schweizerisches staatliches Dasein eine Entwicklung nimmt, an deren Ende nicht die befreiende Revolution der nationalen Erneuerung, sondern — wie in Österreich — die Revolution der Reattion steht, die Land und Bolk an das Ausland, und damit unsäglichem Leid und Unglück ausliefert.

Pariser Straßenaufruhr und nationale Regierung.

Bon Alfons Püt.

I.

Es gibt — seit Malaparte — eine Technif des Staatsstreichs, aber es gibt noch keine Technik der Revolution: wie einem Kunstwerk muß ihr etwas Spontanes, Unerklärliches und Unberechenbares anhaften. Wenige Franzosen nur zweiseln heute noch daran, daß sich ihr Land mitten in einer solchen Staatsumwälzung befindet, die vierte seit 1789; nur trägt sie einen ganz eigenen Charakter, bricht nicht in richtigem Sinne "aus", sondern vollzieht sich mehr im Innern, unbemerkt von denen, die das Weltgeschehen nur mit ihren bloßen Sinnen betrachten. Nach Außen hin geht das Leben weiter, und das Heute gleicht dem Gestern, wie das Morgen dem Heute. Ein Jeder liegt seinen Geschäften ob, der Bauer sät und ackert, der Arbeiter seiert oder schafft, der Kausmann wägt und mißt seine Waren, wartet auf den Käuser, der ebenfalls nichts an seinen Gewohnheiten ändert. Das Pariser Straßentreiben wurde nur auf Stunden durch blutige Schlachten unterbrochen; nachher hoben die Geschäfte ihre Eisenläden wieder hoch, und die Bürger saßen auf den Terrassen und tranken seelenruhig